

Vom CSU-dominierten Duopol zur pluralisierten Konkurrenz

Der Wandel des bayerischen Parteiensystems 1990–2026

1. Fragestellung und theoretischer Zugang

Das bayerische Parteiensystem war zu Beginn der 1990er Jahre trotz seiner asymmetrischen Kräfteverhältnisse noch durch einen klaren Duopol geprägt. Die CSU stellte die hegemoniale Regierungspartei, die SPD die mit Abstand wichtigste Oppositionskraft. Bei der Landtagswahl 1990 erreichten beide Parteien zusammen 80,9 Prozent der gültigen Gesamtstimmen; 1994 waren es 82,8 Prozent und 2003 trotz des starken SPD-Einbruchs noch 80,3 Prozent. 2023 kamen CSU und SPD dagegen nur noch auf 45,4 Prozent. Die jüngste Civey-Sonntagsfrage vom 14. August 2026 weist 38 Prozent für die CSU und 6 Prozent für die SPD aus, zusammen also 44 Prozent. Da es sich 2026 um eine Umfrage und nicht um ein Wahlergebnis handelt, ist dieser Wert lediglich als Gegenwartsindikator zu verstehen. Dennoch verdichtet er eine längerfristige Entwicklung: Der bayerische Parteienwettbewerb wird nicht mehr von CSU und SPD allein strukturiert, sondern zusätzlich von Grünen, Freien Wählern und AfD mit unterschiedlichen gesellschaftlichen und territorialen Schwerpunkten (Bayerisches Landesamt für Statistik 2024: 185; DAWUM 2026).

Dieser Wandel lässt sich mit dem Begriffsinstrumentarium des italienischen politischen Theoretikers Antonio Gramsci präziser beschreiben als mit der Vorstellung eines bloßen Wählerwechsels. Hegemonie bezeichnet bei Gramsci die Fähigkeit einer führenden gesellschaftlichen Kraft, ihre besonderen Interessen mit den Interessen anderer Gruppen zu einem allgemein akzeptierten Projekt zu verbinden. Ein solcher Zusammenhang von sozialer Basis, politischer Organisation und kultureller Deutung bildet einen geschichtlichen beziehungsweise historischen Block (Gramsci 1991–2002, H. 8, § 182: 1045; H. 10 II, § 41: 1326). Parteien sind in dieser Perspektive nicht nur Stimmenmaximierer. Sie organisieren gesellschaftliche Erfahrungen, erzeugen Bindungen und übersetzen unterschiedliche Interessen in gemeinsame Deutungen.

Die leitende These lautet deshalb: Die Pluralisierung des bayerischen Parteiensystems entstand, weil die beiden alten politischen Blöcke an Integrationskraft verloren, während der ökonomische und sozialstrukturelle Wandel neue Gruppen, Konflikte und Lebenslagen hervorbrachte. Die CSU konnte diesen Wandel lange im Sinne einer von Gramsci so bezeichneten „passiven Revolution“ absorbieren: Modernisierung erfolgte ohne grundlegenden Wechsel der politischen Führung (Gramsci 1991–2002, H. 15, § 56: 1774). Seit den 2000er Jahren reicht diese Integrationsleistung jedoch nicht mehr aus. Zugleich verlor die SPD ihre frühere Funktion als zentrale Gegenkraft. Das Ergebnis ist keine neue Hegemonie einer einzelnen Partei, sondern eine anhaltende Hegemoniekrise: Alte Bindungen erodieren, neue sind nur partiell stabilisiert.

2. 1990 bis 2003: asymmetrisches Duopol und konservative Hegemonie

1990 erhielt die CSU 54,9 Prozent, die SPD 26,0 Prozent, die Grünen 6,4 Prozent und die FDP 5,2 Prozent; die Republikaner blieben mit 4,9 Prozent knapp unter der parlamentarischen Hürde. Damit war Konkurrenz vorhanden, doch sie stellte die Grundstruktur nicht infrage: Regierung und wichtigste Opposition konzentrierten mehr als vier Fünftel der Stimmen auf sich (Bundeswahlleiter

2009: 72). Auch 1994 und 1998 blieb diese Struktur nahezu unverändert. Die SPD erreichte 1994 mit 30,0 Prozent ihr letztes Ergebnis auf diesem Niveau, die CSU 52,8 Prozent. 1998 lagen beide wiederum zusammen bei 81,6 Prozent.

Das Duopol war allerdings von Beginn an asymmetrisch. Die CSU war nicht nur Regierungspartei, sondern beanspruchte zugleich die Rolle einer landespolitischen Integrationspartei, während die SPD vor allem als oppositioneller Gegenpol fungierte. Darin unterschied sich Bayern von stärker kompetitiven westdeutschen Parteiensystemen. Die CSU konnte sich als Anwältin bayerischer Interessen gegenüber dem Bund, als Modernisierungspartei und zugleich als Bewahrerin regionaler Identität inszenieren. Die SPD verfügte demgegenüber über starke kommunale und industrielle Stellungen, aber über kein ähnlich umfassendes Landesnarrativ. Der hohe gemeinsame Stimmenanteil beider Parteien bedeutete daher keine symmetrische Duopolstruktur, sondern eine hegemoniale Regierungspartei mit einer klar identifizierbaren, strukturell schwächeren Hauptopposition (Schoen 2007: 503–512; Krapf 2018). Der neuere Forschungsstand bestätigt diese Einordnung: Weigl beschreibt die langfristige Entwicklung Bayerns als Übergang von einem prädominanten zu einem asymmetrischen Parteiensystem, während vergleichende Länderforschung die wachsende Fragmentierung und komplexere Regierungsbildung als breiteren subnationalen Trend einordnet (Weigl 2025: 143–164; Gross/Müller/Stecker/Debus 2025: 23–51).

Gramscianisch betrachtet beruhte die Dominanz der CSU nicht allein auf institutionellen Vorteilen oder Kandidatenpopularität. Sie verband ländlich-katholische Milieus, den Mittelstand, Teile der Arbeitnehmerschaft, öffentliche Bedienstete und aufstiegsorientierte neue Mittelschichten mit einer bayerischen Landeserzählung. Wirtschaftlicher Erfolg, regionale Eigenständigkeit, soziale Stabilität und kulturelle Kontinuität wurden als zusammengehörig dargestellt. Die bekannte Formel „Laptop und Lederhose“ verdichtete diese Fähigkeit, ökonomische Modernisierung und regionale Identität nicht als Gegensätze erscheinen zu lassen. Decker beschreibt gerade die lange Fähigkeit der CSU, gesellschaftliche Modernisierung mit langanhaltenden soziokulturellen Bindungen und günstigen ökonomischen Kennziffern zu verbinden (Decker 2018).

Diese Integrationsleistung hatte eine materielle und eine kulturelle Seite. Materiell konnte die CSU auf den wirtschaftlichen Aufstieg Bayerns, hohe Beschäftigung, industrielle Modernisierung und eine leistungsfähige Landesverwaltung verweisen. Kulturell verband sie diese Entwicklung mit einem spezifisch bayerischen politischen Selbstverständnis. Gerade diese Verbindung ist für Gramscis Hegemoniebegriff zentral: Führung stabilisiert sich nicht nur durch materielle Vorteile, sondern dadurch, dass gesellschaftliche Gruppen die bestehende Ordnung als mit ihren eigenen Erfahrungen und Zukunftserwartungen vereinbar ansehen. Die CSU musste ländliche Katholiken, industrielle Facharbeiter, Selbständige und neue akademische Mittelschichten deshalb nicht auf identische Interessen festlegen; entscheidend war, dass sich diese Gruppen in einer gemeinsamen Erzählung von Aufstieg, Eigenständigkeit und Stabilität wiederfinden konnten (Decker 2018).

Die SPD besaß in derselben Phase ein anderes hegemoniales Angebot. Es beruhte auf sozialer Sicherheit, Arbeitnehmerrechten, kommunaler Daseinsvorsorge und dem Anspruch, gesellschaftlichen Fortschritt mit sozialem Ausgleich zu verbinden. Dieses Angebot war in industriell und städtisch geprägten Räumen anschlussfähig und wurde durch Gewerkschaften, Betriebsräte, kommunale Mandatsträger und eine größere Mitgliederorganisation vermittelt. Seine

Grenze lag jedoch darin, dass es auf Landesebene weniger stark mit einer positiven Vorstellung bayerischer Identität und wirtschaftlicher Modernisierung verbunden war. Gramscianisch gesprochen verfügte die SPD über bedeutende gesellschaftliche Stellungen, aber nicht über die Fähigkeit, diese zu einem landesweit dominanten historischen Block zu erweitern. Das erklärt, warum selbst ein Stimmenanteil von 30 Prozent 1994 die Hegemonie der CSU nicht grundsätzlich gefährdete.

Die Landtagswahl 2003 markierte noch einmal den Höhepunkt dieses Modells. Die CSU erreichte 60,7 Prozent und erstmals eine Zweidrittelmehrheit der Mandate; die SPD fiel auf 19,6 Prozent. Rieger bezeichnete die CSU deshalb ausdrücklich als bayerische Hegemonialpartei (Rieger 2003: 702–720). Bemerkenswert ist jedoch, dass der SPD-Absturz zunächst nicht zu einer nachhaltigen Pluralisierung führte. Die CSU absorbierte den größten Teil der frei werdenden politischen Räume selbst. Die Konzentration auf CSU und SPD blieb mit 80,3 Prozent nahezu so hoch wie 1990.

Das Ergebnis von 2003 war zugleich außergewöhnlich und trügerisch. Es bündelte mehrere für die CSU günstige Faktoren: die weiterhin starke Bindung traditioneller Milieus, sehr gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen und die besondere Popularität Edmund Stoibers, der nach seiner Kanzlerkandidatur 2002 eine hohe bundespolitische Sichtbarkeit besaß und die CSU als selbstbewusste Gegenmacht zur rot-grünen Bundesregierung profilierte. Decker hebt hervor, dass die Persistenz kirchlich-ländlicher Bindungen, günstige ökonomische Kennziffern und der Faktor Stoiber die CSU zunächst gegen jene Pluralisierungsprozesse abschirmten, die andere Volksparteien bereits stärker erfassten (Decker 2018). Die 60,7 Prozent waren daher weniger ein Beleg für das Ausbleiben gesellschaftlicher Differenzierung als für die vorläufig noch erfolgreiche politische Integration dieser Differenzierung.

Diese Phase zeigt die Stärke einer passiven Revolution: Bayern modernisierte sich ökonomisch und sozial, ohne dass sich die politische Führung entsprechend veränderte. Genau darin bestand die besondere Leistung der CSU. Die SPD blieb zwar institutionell die Hauptopposition, konnte aber die Modernisierung des Landes nicht in einen ebenso starken alternativen historischen Block übersetzen. Krapf sieht hierin ein Grundproblem der bayerischen Sozialdemokratie: Industrialisierung, Urbanisierung und Modernisierung führten gerade nicht automatisch zu einer Stärkung der SPD (Krapf 2018).

Gerade deshalb ist die Phase bis 2003 für die spätere Entwicklung so wichtig. Unterhalb der hohen Stimmenkonzentration veränderten sich bereits jene sozialen Voraussetzungen, auf denen das Duopol beruhte: konfessionelle Bindungen wurden schwächer, Bildungswege vielfältiger, Dienstleistungsberufe zahlreicher und individuelle Lebensstile heterogener. Zugleich traten mit Grünen, Freien Wählern und zeitweise rechtskonservativen Parteien neue politische Angebote auf. Noch konnte die CSU den größten Teil dieser Differenzierung integrieren und die SPD den größten Teil der Opposition binden. Die spätere Pluralisierung entstand daher nicht plötzlich 2008 oder 2018; diese Wahlen machten vielmehr sichtbar, dass die gesellschaftlichen Voraussetzungen des alten Duopols bereits seit den 1990er Jahren erodierten.

Tabelle 1: Landtagswahlen und Konzentration auf CSU und SPD, 1990–2026

Jahr	CSU	SPD	Grüne	FW	AfD	FDP	CSU+SPD
1990	54,9	26,0	6,4	–	–	5,2	80,9
1994	52,8	30,0	6,1	–	–	2,8	82,8

1998	52,9	28,7	5,7	3,7	–	1,7	81,6
2003	60,7	19,6	7,7	4,0	–	2,6	80,3
2008	43,4	18,6	9,4	10,2	–	8,0	62,0
2013	47,7	20,6	8,6	9,0	–	3,3	68,3
2018	37,2	9,7	17,6	11,6	10,2	5,1	46,9
2023	37,0	8,4	14,4	15,8	14,6	3,0	45,4
2026*	38	6	13	12	20	2	44

Quellen: 1990 Bundeswahlleiter; 1994–2023 Bayerisches Landesamt für Statistik; 2026 DAWUM/Civey. Angaben in Prozent. *Umfrage vom 14.8.2026, keine Wahlprognose.

3. Ökonomischer und sozialstruktureller Wandel: neue Gesellschaft, neue Konflikte

Die Stabilität des alten Duopols verdeckte einen tiefgreifenden Strukturwandel. Bayerns reale Wirtschaftsleistung je Einwohner stieg zwischen 1991 und 2024 um 46,2 Prozent. Das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen erhöhte sich nominal von 14.225 Euro 1991 auf 33.204 Euro 2024; preisbereinigt nahm die Kaufkraft um rund ein Fünftel zu (Bayerisches Landesamt für Statistik 2025a: 44; 2026a). Bayern wurde damit nicht zu einer Krisenökonomie, sondern zu einem wirtschaftlich besonders leistungsfähigen Land. Gerade dieser Erfolg veränderte jedoch die gesellschaftliche Struktur, auf der die alte Parteienordnung beruhte.

Der wirtschaftliche Erfolg hatte parteipolitisch einen ambivalenten Effekt. Solange Wachstum, Industrialisierung und sozialer Aufstieg als gemeinsamer bayerischer Erfolg interpretiert werden konnten, stärkte er das hegemoniale Angebot der CSU. Mit zunehmender Differenzierung entstanden aus demselben Erfolg jedoch neue gesellschaftliche Gruppen, deren politische Erwartungen nicht mehr ohne Weiteres in die alten Milieus passten. Hochqualifizierte Beschäftigte in Forschung, IT und wissensintensiven Dienstleistungen, Beschäftigte in Pflege und Bildung sowie mobile urbane Mittelschichten teilen zwar die Abhängigkeit von Erwerbsarbeit und Infrastruktur, unterscheiden sich aber hinsichtlich Bildung, Lebensstil, kultureller Orientierung und regionaler Einbindung. Wirtschaftliche Modernisierung verbreiterte damit die Gesellschaft und erschwerte zugleich ihre parteipolitische Bündelung.

Die Erwerbsgesellschaft ist heute breiter und heterogener. 2024 waren in Bayern durchschnittlich 7,87 Millionen Menschen erwerbstätig; 5,6 Millionen oder rund 71 Prozent arbeiteten in Dienstleistungsbereichen. Gleichzeitig blieb die industrielle Basis stark. Der Dienstleistungssektor reicht vom Gesundheits- und Sozialwesen mit mehr als 652.900 tätigen Personen bis zu freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen mit rund 616.600 Beschäftigten. Der Strukturwandel bedeutet deshalb nicht das Ende von Erwerbsabhängigkeit, sondern ihre Differenzierung in sehr unterschiedliche Berufs-, Bildungs- und Statusgruppen (Bayerisches Landesamt für Statistik 2025b; 2026b).

Für die Parteien ist dabei entscheidend, dass die klassische Gegenüberstellung von Arbeiterschaft und bürgerlicher Mittelschicht immer weniger trägt. Ein großer Teil der neuen Mittelschichten ist abhängig beschäftigt und auf Lohn, funktionierende öffentliche Dienstleistungen und bezahlbaren Wohnraum angewiesen. Gleichzeitig unterscheiden sich die Erfahrungen eines Industriearbeiters in einem Zulieferbetrieb, einer Pflegekraft, eines Softwareentwicklers oder einer Lehrerin erheblich. Der gemeinsame objektive Status als Erwerbsabhängige erzeugt deshalb keine automatische

politische Gemeinsamkeit. Genau diese Lücke zwischen sozialer Lage und politischer Identität eröffnet Raum für konkurrierende hegemoniale Angebote: sozialdemokratische Verteilungspolitik, grüne Modernisierungspolitik, regional-konservative Nähe oder nationalpopulistische Kontrollversprechen.

Hinzu kommt die räumliche Differenzierung des Erfolgsmodells. München und sein Umland, Nürnberg, Regensburg, Ingolstadt oder Erlangen entwickelten andere Arbeitsmärkte, Wohnkosten und kulturelle Milieus als viele ländliche Regionen. In den Wachstumsräumen wurden hohe Mieten, Verkehr, Flächenverbrauch, Kinderbetreuung und ökologische Lebensqualität zu zentralen politischen Fragen; in industriell oder ländlich geprägten Regionen traten Erreichbarkeit, medizinische Versorgung, Fachkräftemangel, Transformationsrisiken und die Sicherung lokaler Infrastruktur stärker hervor. Damit wurde es für eine einzige Volkspartei schwieriger, dieselbe Erzählung glaubwürdig auf alle Räume des Landes anzuwenden. Pluralisierung besitzt deshalb nicht nur eine soziale, sondern auch eine territoriale Grundlage.

Die Bildungsexpansion verstärkte diese Entwicklung. Im Wintersemester 1990/91 studierten an bayerischen Hochschulen rund 258.400 Menschen; 2025/26 waren es gut 401.000. Innerhalb von 35 Jahren wuchs die Zahl damit um mehr als die Hälfte (Bayerisches Landesamt für Statistik 2012: Tab. 2; 2026c). Parallel nahm die Bedeutung wissensintensiver, akademischer und kulturell liberaler Milieus zu. Oesch und Rennwald zeigen für Westeuropa, dass gerade daraus ein tripolarer Wettbewerb entstehen kann: Produktionsarbeiter werden stärker von der radikalen Rechten umkämpft, während soziokulturelle Professionen stärker zu grün-linken Parteien tendieren (Oesch/Rennwald 2018: 783–807).

Politisch bedeutsam ist weniger der Hochschulbesuch als solcher als die Ausbreitung anderer Berufserfahrungen und kultureller Orientierungen. Höhere Bildung geht häufiger mit beruflicher Mobilität, urbaner Lebensweise, pluraleren sozialen Netzwerken und einer stärkeren Bedeutung ökologischer und gesellschaftspolitischer Themen einher. Damit entstand insbesondere für die Grünen ein wachsender sozialer Resonanzraum. Für die SPD bedeutete die Bildungsexpansion dagegen eine doppelte Herausforderung: Sie musste traditionelle nichtakademische Arbeitnehmerbindungen erhalten und zugleich neue akademische Arbeitnehmersmilieus integrieren. Oesch und Rennwald zeigen, dass genau diese Spannung zwischen Produktionsarbeitern und soziokulturellen Professionen zu einer strukturellen Belastung der europäischen Sozialdemokratie geworden ist (Oesch/Rennwald 2018: 783–807).

Auch Migration, Urbanisierung und Säkularisierung lockerten traditionelle Bindungen. Ende 2024 lebten 13,25 Millionen Menschen in Bayern; das Wachstum beruhte wesentlich auf Wanderungsgewinnen. Im Mikrozensus 2024 hatten gut vier Millionen Einwohner einen Migrationshintergrund. Gleichzeitig sank die kirchliche Bindung: Beim Zensus 2022 gehörten 44,2 Prozent der Bevölkerung der katholischen und 16,4 Prozent der evangelischen Kirche an. Zusammengenommen gehörten damit gut 60 Prozent einer der beiden großen Kirchen an; 2011 waren es noch rund drei Viertel der Bevölkerung (Bayerisches Landesamt für Statistik 2025c; 2026d). Für ein Parteiensystem, dessen CSU-Dominanz lange auch auf katholisch-ländlicher Milieubindung beruhte, ist dieser Wandel politisch folgenreich.

Säkularisierung schwächt dabei nicht automatisch die CSU, verändert aber eine zentrale historische Voraussetzung ihrer Bindungskraft. Wo kirchliche Milieus, Verbände und lokale Sozialräume weniger verbindlich werden, muss politische Loyalität stärker durch aktuelle Leistung, Themenkompetenz oder personale Identifikation hergestellt werden. Ähnliches gilt für die SPD: Die Erosion gewerkschaftlich und betrieblich geprägter Arbeiterkulturen löst soziale Interessen nicht auf, reduziert aber die Selbstverständlichkeit ihrer sozialdemokratischen Übersetzung. Die Pluralisierung des Parteiensystems ist deshalb auch eine Folge des Rückgangs jener gesellschaftlichen Institutionen, die politische Identitäten früher generationenübergreifend stabilisierten.

Migration und demographischer Wandel erweitern zugleich die Vielfalt gesellschaftlicher Erfahrungen. Neue Einwohner bringen andere Biographien und politische Sozialisationen mit; ältere ländliche Regionen erleben dagegen Fragen von Versorgung, Alterung und Erreichbarkeit besonders stark. Für Parteien folgt daraus, dass ein einheitliches Bild des „typischen Bayern“ immer weniger tragfähig ist. Die CSU kann bayerische Identität weiterhin wirkungsvoll mobilisieren, muss sie aber mit einer wesentlich heterogeneren Bevölkerung verbinden. Die SPD kann soziale Gleichheit nicht mehr über ein relativ homogenes Arbeitermilieu organisieren. Grüne, Freie Wähler und AfD profitieren gerade davon, dass sie einzelne Dimensionen dieser heterogenen Wirklichkeit stärker zuspitzen und eindeutiger politisieren.

Gramscis Begriff der organischen Intellektuellen hilft zu erklären, warum Sozialstruktur nicht mechanisch in Parteiwahl übersetzt wird. Gewerkschafter, Betriebsräte, Bürgermeister, Vereinsaktive, Kirchenvertreter oder lokale Funktionäre verbinden Alltagserfahrungen mit politischer Sprache. Gramsci beschreibt solche Akteure als organisierende Vermittler gesellschaftlicher Gruppen (Gramsci 1991–2002, H. 12, § 1: 1497–1502). Wenn traditionelle Milieus, Vereine, Kirchenbindungen oder betriebliche Großorganisationen an Reichweite verlieren, schwächen sich auch die Vermittlungswege, über die CSU und SPD ihre gesellschaftlichen Lager reproduzierten. Individualisierung bedeutet dann nicht politische Interessenlosigkeit, sondern eine größere Offenheit dafür, dass unterschiedliche Parteien einzelne Konflikte neu artikulieren.

Aus dieser Perspektive ist die sozialstrukturelle Modernisierung weder eine automatische Ursache für den Niedergang der Volksparteien noch ein neutraler Hintergrund. Sie verändert die Bedingungen des hegemonialen Wettbewerbs. Je heterogener soziale Gruppen, Räume und kulturelle Orientierungen werden, desto mehr politische Arbeit ist erforderlich, um sie in einem historischen Block zu verbinden. CSU und SPD konnten diese Integrationsleistung über Jahrzehnte auf vorhandene Milieus und Organisationen stützen. Mit deren Erosion müssen Bindungen stärker politisch neu erzeugt werden. Wo dies nicht gelingt, entstehen Repräsentationslücken, die von spezialisierten oder neuen Parteien besetzt werden können. Angenendt und Brause fassen die bundesdeutsche Entwicklung entsprechend als langen Weg zu einem stärker polarisierten Pluralismus: sinkende Bindekraft der Volksparteien, höhere Volatilität, größere Fragmentierung sowie der Aufstieg von Grünen und AfD verändern die Logik des Wettbewerbs grundlegend (Angenendt/Brause 2024: 82–107). Für Bayern wirkt dieser allgemeine Trend durch die besondere regionale Konkurrenz von CSU und Freien Wählern in einer eigenständigen Form.

4. 2008 als erste Zäsur: Ende der CSU-Alleinregierung und Aufstieg neuer Repräsentationsangebote

Die Landtagswahl 2008 war die erste klare Zäsur. Die CSU fiel von 60,7 auf 43,4 Prozent und verlor nach 46 Jahren ihre Alleinregierung. Entscheidend für die Parteienentwicklung war aber, dass die SPD von diesem historischen Einbruch nicht profitierte: Sie sank selbst auf 18,6 Prozent. Stattdessen zogen die Freien Wähler mit 10,2 und die FDP mit 8,0 Prozent in den Landtag ein, die Grünen kamen auf 9,4 Prozent. Der gemeinsame Stimmenanteil von CSU und SPD brach innerhalb einer Wahl von 80,3 auf 62,0 Prozent ein. Infratest dimap stellte damals ausdrücklich die Frage, warum die SPD von der Schwäche der CSU nicht profitieren konnte und warum Freie Wähler und FDP den Landtagseinzug schafften (Infratest dimap 2008).

Mit Gramsci lässt sich dieser Moment als beginnende Hegemoniekrise lesen. Die CSU verlor die Fähigkeit, alle konservativen, regionalen, liberalen und protestorientierten Interessen innerhalb einer einzigen Parteiform zu halten. Ein Teil dieser Interessen wurde nun von Freien Wählern und FDP artikuliert. Die Freien Wähler verfügten dabei über eine besondere Ressource: kommunale Verwurzelung. Walther und Angenendt beschreiben sie als Hybrid zwischen Partei und Wählergemeinschaft mit ausgeprägter Distanz zum klassischen Parteitypus (Walther/Angenendt 2018: 325–345). In gramscianischer Sprache besetzten sie lokale Stellungen im „Stellungskrieg“, also in jener dichten Zivilgesellschaft, in der politische Führung langfristig verankert wird (Gramsci 1991–2002, H. 7, § 16: 873–874).

Für die SPD war 2008 doppelt problematisch. Sie verlor Teile ihrer traditionellen sozialen Basis, konnte zugleich aber neue urbane und akademische Milieus nicht monopolartig an sich binden. Damit begann sich ein Muster herauszubilden, das später zum Kern der Pluralisierung wurde: Die Schwächung der CSU führte nicht zu einer bipolaren Machtverschiebung zugunsten der SPD, sondern zur Aufspaltung der Opposition in mehrere konkurrierende Repräsentationsangebote.

5. 2018 und 2023: aus Pluralisierung wird eine neue Systemstruktur

Die Landtagswahl 2018 machte aus dieser Entwicklung eine neue Parteienstruktur. Die CSU fiel auf 37,2 Prozent, die SPD auf 9,7 Prozent. Gleichzeitig erreichten die Grünen 17,6, die Freien Wähler 11,6, die AfD 10,2 und die FDP 5,1 Prozent. Sechs Parteien zogen in den Landtag ein. CSU und SPD kamen zusammen nur noch auf 46,9 Prozent. Damit war erstmals seit Jahrzehnten weniger als die Hälfte der Stimmen in dem früher dominierenden Duopol gebunden.

Die sozialstrukturellen Muster zeigen, warum diese Fragmentierung mehr als ein kurzfristiger Wahlkampftrend war. Im Infratest-dimap-Exit-Poll 2018 erreichte die SPD unter Arbeitern nur 9 Prozent. Die CSU kam dort auf 33, die AfD auf 22 und die Freien Wähler auf 13 Prozent. Unter Wählern mit hoher formaler Bildung lagen die Grünen dagegen bei 28 Prozent, die SPD bei 11 und die CSU bei 30 Prozent (Infratest dimap 2018: 90). Unterschiedliche Teile der früher von Volksparteien integrierten Sozialstruktur fanden also unterschiedliche politische Artikulationsformen.

Hier zeigt sich eine neue Arbeitsteilung im Parteiensystem. Die Freien Wähler verbinden regionale Identität, kommunale Nähe und Skepsis gegenüber zentralisierter Parteipolitik. Die Grünen repräsentieren besonders erfolgreich urbane, akademische und kulturell progressive Milieus. In München erreichten sie bei der Landtagswahl 2023 30,7 Prozent und lagen damit vor der CSU mit

28,5 Prozent; die SPD kam auf 12,1 Prozent (Statistisches Amt München 2023: 13). Die AfD wiederum bündelt Protest, migrationspolitische Konflikte, Elitenkritik sowie Erfahrungen von Kontroll- und Statusverlust. Damit wird ein und dieselbe gesellschaftliche Modernisierung in konkurrierende Deutungsangebote zerlegt.

2023 verfestigte sich diese Struktur. Die CSU blieb mit 37,0 Prozent stärkste Partei, aber weit von ihrer früheren Mehrheitsposition entfernt. Freie Wähler erreichten 15,8, AfD 14,6, Grüne 14,4 und SPD 8,4 Prozent. Zwar schied die FDP aus dem Landtag aus, doch die Stimmenkonzentration auf CSU und SPD sank weiter auf 45,4 Prozent. Pluralisierung bedeutet daher nicht einfach eine steigende Zahl parlamentarischer Parteien. Sie drückt eine dauerhafte Verteilung gesellschaftlicher Repräsentationsfunktionen auf mehrere politische Pole aus.

Die Entwicklung entspricht Gramscis Begriff einer organischen Krise insofern, als die alten Organisationen fortbestehen, ihre Fähigkeit zur gesellschaftlichen Integration aber abnimmt. Die CSU bleibt zentrale Regierungspartei, ist jedoch nicht mehr in der Lage, das gesamte bürgerlich-konservative und regionale Spektrum zu absorbieren. Die SPD bleibt parlamentarisch präsent, hat aber ihre Funktion als selbstverständliche Sammelpartei der Opposition eindeutig verloren. Der frei werdende Raum wird von mehreren Kräften besetzt, ohne dass eine von ihnen einen neuen umfassenden historischen Block errichtet.

Im Folgenden werden die fünf derzeit im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien charakterisiert und die Ursachen ihres jeweiligen Auf- oder Abstiegs herausgearbeitet.

5.1 Der Niedergang der SPD: vom Gegenpol zur Repräsentationslücke

Der Niedergang der SPD ist für die Pluralisierung mindestens ebenso wichtig wie der Verlust der absoluten CSU-Mehrheit. Solange die SPD trotz struktureller Unterlegenheit zwischen einem Viertel und knapp einem Drittel der Stimmen band, blieb sie der selbstverständliche Sammelpunkt oppositioneller und arbeitnehmerorientierter Interessen. Diese Funktion zerfiel schrittweise: 1994 erreichte sie noch 30,0 Prozent, 2003 nur noch 19,6, 2018 9,7 und 2023 8,4 Prozent. Bis 2018 war sie die größte Oppositionsfraktion; danach verlor sie auch diese institutionelle Sonderstellung (Bayerisches Landesamt für Statistik 2024: 185; Mohamad-Klotzbach 2023).

Die Ursachen liegen auf mehreren Ebenen. Erstens löste sich das traditionelle sozialdemokratische Milieu aus Gewerkschaft, Großbetrieb, kommunaler Verankerung und Arbeiterkultur zunehmend auf. Zweitens schwächte die Agenda 2010 die Glaubwürdigkeit eines klassischen Schutzversprechens gegenüber Erwerbsrisiken. Drittens entstand links der Mitte Konkurrenz durch die Grünen und zeitweise die Linke. Viertens konnte die SPD die wachsenden urbanen, akademischen und kulturell progressiven Arbeitnehmersmilieus nicht in gleichem Maße integrieren, wie sie traditionelle Bindungen verlor. 2018 kam sie unter Arbeitern nur auf 9 Prozent, unter Angestellten ebenfalls auf 9 und bei hoch Gebildeten auf 11 Prozent. Die Grünen hingegen erreichten bei Wählern mit hoher Bildung 28 Prozent und bei Angestellten 20 Prozent (Infratest dimap 2018: 90).

Besonders folgenreich war, dass diese Ursachen sich gegenseitig verstärkten. Der Rückgang klassischer Industrie- und Gewerkschaftsmilieus reduzierte nicht nur die Zahl sicherer Stammwähler, sondern auch jene gesellschaftlichen Vermittler, über die sozialdemokratische Deutungen im Alltag

präsent waren. Wo Betriebsräte, Ortsvereine, kommunale Mandatsträger und gewerkschaftliche Netzwerke schwächer wurden, musste politische Bindung stärker über Medien, Kampagnen und kurzfristige Themen hergestellt werden. Genau hier traf die SPD auf eine zunehmend fragmentierte Öffentlichkeit, in der andere Parteien einzelne Konflikte prägnanter besetzten. Der organisatorische Rückgang wurde so zum hegemonialen Problem: Nicht nur die Reichweite der Partei schrumpfte, sondern ihre Fähigkeit, gesellschaftliche Erfahrungen früh wahrzunehmen und in einen gemeinsamen Deutungsrahmen zu übersetzen (Krapf 2018).

Die Agenda 2010 wirkte in diesem Prozess weniger als alleinige Ursache denn als Vertrauensbruch in einem bereits instabiler werdenden Verhältnis. Für Teile traditioneller Arbeitnehmermilieus verlor die SPD die frühere Eindeutigkeit als Schutzmacht gegen Arbeitsmarktrisiken. Gleichzeitig gewann sie im liberalen und akademischen Spektrum nicht dauerhaft genug neue Bindungen hinzu. Dadurch entstand ein strategisches Dilemma: Je stärker sich die Partei auf Bundesebene als modernisierungs- und marktkompatible Regierungspartei präsentierte, desto mehr entfremdete sie sich von Teilen traditioneller Milieus; je stärker sie später soziale Korrekturen und Verteilungsforderungen aufnahm, desto schwieriger wurde es, sich in kulturellen und ökologischen Zukunftsfragen von anderen Parteien des Mitte-links-Lagers abzuheben. Die programmatische Breite einer Volkspartei verwandelte sich unter diesen Bedingungen teilweise in den Eindruck mangelnder Profilklarheit.

Die Wählerwanderung von 2018 macht diese Fragmentierung besonders anschaulich. Nach dem Modell von Infratest dimap wechselten gegenüber 2013 netto rund 200.000 frühere SPD-Zweitstimmen zu den Grünen, etwa 70.000 zu den Freien Wählern und rund 30.000 zur AfD (Infratest dimap 2018: 55, 58, 64). Solche Wählerwanderungsmodelle sind keine Panelbeobachtungen derselben Personen, sondern Schätzungen auf Grundlage amtlicher Ergebnisse und repräsentativer Befragungen. Als Trendindikator zeigen sie dennoch, dass die SPD 2018 gleichzeitig in mehrere politisch sehr unterschiedliche Richtungen verlor.

Das hegemoniale Angebot der SPD wurde unschärfer. Historisch verband sie soziale Sicherheit, Aufstieg, Mitbestimmung und eine politisch betonte Würde der Arbeit. Unter Bedingungen einer stärker individualisierten und kulturell polarisierten Gesellschaft wurde dieses Angebot jedoch weder als exklusiv sozial noch als eindeutig modern wahrgenommen. Die Partei geriet zwischen einem grünen Modernisierungsangebot und konservativ-populistische Anerkennungsangebote. Gramscianisch gesprochen verlor sie nicht nur Wähler, sondern organische Vermittler und die Fähigkeit, heterogene Erfahrungen in einen gemeinsamen Alltagsverstand zu übersetzen. Der Niedergang der SPD schafft deshalb selbst Raum für Pluralisierung: Wo früher eine große Oppositionspartei verschiedene Unzufriedenheiten bündelte, konkurrieren nun mehrere Parteien um einzelne Teilmilieus.

Die neuere Parteienforschung stützt diese Diagnose über den bayerischen Einzelfall hinaus. Angenendt und Brause verweisen auf die geschwächte Bindekraft der etablierten Catch-all-Parteien und den steigenden Wettbewerbsdruck in einem fragmentierten und polarisierten Parteiensystem (Angenendt/Brause 2024: 82–107). Für die SPD verschärft sich dieser allgemeine Organisations- und Repräsentationsverlust in Bayern durch ihre historisch ohnehin schwächere Stellung gegenüber der CSU: Sie verliert traditionelle Arbeitnehmerbindungen, ohne die wachsenden urbanen und

akademischen Milieus in gleichem Umfang wie die Grünen an sich zu binden. Der Abstieg ist somit zugleich Teil einer allgemeinen Volksparteienkrise und ein spezifisch bayerisches Problem des fehlenden hegemonialen Gegenprojekts.

5.2 Der Aufstieg der Grünen: ökologische Modernisierung als neues Zukunftsangebot

Der Aufstieg der Grünen ist die spiegelbildliche Seite des sozialdemokratischen Niedergangs im urbanen und akademischen Spektrum. 1990 lagen sie bei 6,4 Prozent, 2013 bei 8,6, 2018 sprangen sie auf 17,6 Prozent und wurden zweitstärkste Kraft. 2023 gingen sie auf 14,4 Prozent zurück, blieben aber deutlich vor der SPD. In München erzielten sie 2023 30,7 Prozent und lagen damit vor der CSU; die SPD erreichte dort nur 12,1 Prozent (Bayerisches Landesamt für Statistik 2024: 185; Statistisches Amt München 2023: 13).

Ihr hegemoniales Angebot besteht in der Verbindung von ökologischer Transformation, kultureller Liberalität und einem positiven Modernitätsversprechen. Die Partei stellt Klimaschutz nicht nur als Einzelproblem dar, sondern als Bestandteil einer neuen Wirtschafts-, Lebens- und Gesellschaftsordnung. Ihre Herkunft aus Umwelt-, Frauen- und Friedensbewegungen erleichterte es, neue Konflikte um Geschlechterrollen, Diversität und ökologische Grenzen frühzeitig zu artikulieren; zugleich entwickelte sie sich von der Fundamentalopposition zu einer regierungsfähigen Partei (Kestler 2023). Besonders in hochgebildeten urbanen Milieus kann sie damit einen Alltagsverstand organisieren, in dem Fortschritt, Weltoffenheit und ökologische Verantwortung zusammengehören.

Der grüne Aufstieg wird dabei durch den sozialstrukturellen Wandel begünstigt. Bildungsexpansion, Dienstleistungswachstum und Urbanisierung vergrößerten jene Milieus, in denen ökologische Fragen, gesellschaftliche Liberalität und Lebensqualität einen hohen politischen Stellenwert besitzen. Für viele dieser Wähler ist Klimapolitik kein isoliertes Sachthema, sondern Teil eines umfassenderen Verständnisses von Modernität. Die Grünen konnten daher Konflikte um Verkehr, Wohnen, Energie, Geschlechterrollen oder Diversität als zusammenhängende Zukunftsfragen darstellen. Genau darin liegt ihr hegemonialer Mehrwert gegenüber einer SPD, die soziale und ökologische Politik häufig stärker als getrennte Politikfelder kommunizierte (Kestler 2023; Oesch/Rennwald 2018: 783–807).

Hinzu kommt eine erfolgreiche organisatorische und kulturelle Normalisierung. Die Grünen wandelten sich von einer Bewegungs- und Protestpartei zu einer Partei mit kommunalen Hochburgen, kommunaler Regierungserfahrung und professioneller Organisation. Damit konnten sie ihre ursprünglichen Milieus erweitern, ohne ihr Modernisierungsprofil vollständig aufzugeben. In gramscianischer Perspektive bauten sie schrittweise Stellungen in Kommunen, Verbänden, kulturellen Milieus und urbanen Öffentlichkeiten auf. Diese institutionelle Verdichtung machte aus einzelnen Themenpräferenzen eine dauerhaftere politische Identifikation. Der Münchner Befund von 2023 – 30,7 Prozent für die Grünen bei nur 12,1 Prozent für die SPD – zeigt, wie weit diese Verschiebung in bestimmten urbanen Räumen inzwischen reicht (Statistisches Amt München 2023: 13).

Das grüne Angebot gewinnt zudem dadurch an Stärke, dass es gesellschaftlichen Wandel überwiegend als Chance formuliert. Während sozialdemokratische und konservative Parteien Modernisierung häufig mit Absicherung, Ausgleich oder Bewahrung verbinden, erzählen die Grünen

Transformation als notwendige und prinzipiell positive Zukunftsgestaltung. Diese Zukunftssemantik ist für aufstiegs-, bildungs- und innovationsorientierte Milieus attraktiv. Ihre Kehrseite besteht jedoch darin, dass Kosten, Statusrisiken oder kulturelle Irritationen des Wandels leichter unterschätzt erscheinen können. Wo Beschäftigte Transformation primär als Verlust von Kontrolle oder Anerkennung erleben, stößt das grüne hegemoniale Angebot an Grenzen und öffnet Raum für Freie Wähler, CSU oder AfD.

Das Angebot der Grünen hat jedoch erkennbare Grenzen. In ländlichen und industriell geprägten Milieus ist es weniger anschlussfähig, wenn Klimapolitik als Statusbedrohung, Kostenbelastung oder kulturelle Abwertung tradierter Lebensweisen wahrgenommen wird. Gerade diese sozial und territorial ungleiche Resonanz erklärt, warum der grüne Aufstieg das Parteiensystem pluralisiert, aber keine neue landesweite Hegemonie erzeugt. Die Grünen gewinnen einen bedeutenden Teil modernisierungsorientierter Milieus, die früher von SPD und CSU mitintegriert wurden, ohne die bayerische Arbeitnehmersgesellschaft insgesamt zu dominieren.

Der Aufstieg der Grünen ist damit Teil einer breiteren Umordnung des deutschen Parteienwettbewerbs. Angenendt und Brause nennen den Erfolg der Grünen neben dem Aufstieg der AfD ausdrücklich als Triebkraft eines stärker pluralisierten und polarisierten Parteiensystems (Angenendt/Brause 2024: 82–107). In Bayern erhält diese Entwicklung eine besondere räumliche Form: In den urbanen Wachstumsräumen können die Grünen Modernisierung, Klimaschutz, kulturelle Liberalität und eine professionelle Regierungsfähigkeit zu einem relativ konsistenten Zukunftsangebot verbinden. Gerade dadurch besetzen sie einen Teil jenes modernisierungsorientierten gesellschaftlichen Raums, den weder CSU noch SPD dauerhaft monopolisieren konnten.

5.3 Der Aufstieg der Freien Wähler: Heimat, Nähe und pragmatische Gegenelite

Die Freien Wähler bilden ein anderes hegemoniales Angebot. Ihr Aufstieg von 10,2 Prozent beim erstmaligen Landtagseinzug 2008 auf 15,8 Prozent 2023 beruht nicht primär auf einem umfassenden ideologischen Programm. Ihre Stärke liegt in der Verbindung kommunaler Nähe, regionaler Identität, ländlicher Interessen und einer demonstrativen Distanz zum klassischen Parteienstaat. Die bayerischen Freien Wähler sind aus kommunalen Wählergemeinschaften hervorgegangen und betonen Selbstverwaltung, Pragmatismus und die Interessen ländlicher Räume (Kranenpohl 2023; Walther/Angenendt 2018: 325–345).

Gramscianisch lässt sich ihr Angebot als Gegenelite innerhalb der bestehenden Ordnung beschreiben. Sie bestreiten nicht grundsätzlich das bayerische Erfolgsmodell, sondern versprechen, es „von unten“ näher an Gemeinden, Handwerk, Landwirtschaft und Mittelstand zu organisieren. Bürgermeister, Kreisräte und lokal bekannte Kandidaten wirken dabei als organische Intellektuelle: Sie übersetzen konkrete Konflikte um Schulen, Straßen, Kliniken, Landwirtschaft oder Bürokratie in politische Repräsentation. Gerade dort, wo die CSU ihre frühere lokale Allzuständigkeit verliert und die SPD organisatorisch schwach geworden ist, können die Freien Wähler gesellschaftliche Stellungen übernehmen.

Die gesellschaftliche Grundlage dieses Erfolgs liegt besonders in Räumen, in denen Politik stark über Personen, Vereine, Bürgermeister und konkrete kommunale Problemlösung wahrgenommen wird. Dort ist Parteibindung weniger ideologisch als relational: Vertrauen entsteht aus Sichtbarkeit

und Alltagserfahrung. Die Freien Wähler können deshalb politische Nähe als eigenständige Ressource anbieten. Ihr Aufstieg ist nicht nur Protest gegen die CSU, sondern auch eine Reaktion auf die Professionalisierung und Zentralisierung des etablierten Parteienbetriebs. Je stärker Bürger das Gefühl haben, dass Entscheidungen in München oder Berlin fern ihrer lokalen Lebenswelt getroffen werden, desto attraktiver wird ein Angebot, das kommunale Erfahrung gegen parteipolitische Apparate stellt (Kranenpohl 2023; Walther/Angenendt 2018: 325–345).

Inhaltlich verbinden die Freien Wähler mehrere Elemente, die früher weitgehend innerhalb des CSU-Blocks gebündelt waren: Heimat, Mittelstand, Landwirtschaft, Skepsis gegenüber Bürokratie und ein positives Bild kommunaler Selbstverwaltung. Ihr hegemoniales Angebot ist deshalb weniger revolutionär als restaurativ: Sie versprechen, das bayerische Erfolgsmodell bürgernäher und weniger hierarchisch fortzuführen. Gerade diese begrenzte Distanz erleichtert den Wechsel früherer CSU-Wähler. Man kann die CSU kritisieren, ohne den kulturellen und regionalen Bezugsrahmen des bisherigen Lagers vollständig verlassen zu müssen. In diesem Sinn sind die Freien Wähler eine besonders wirksame innerbürgerliche Konkurrenz.

Auch ihre Regierungsbeteiligung seit 2018 stärkte dieses Angebot. Sie konnten zeigen, dass Protest gegen die CSU nicht notwendig Opposition zum bayerischen Regierungsmodell bedeutet, sondern in eine koalitionsfähige Korrektur übersetzt werden kann. Damit besetzen sie eine Zwischenposition: zugleich Regierungspartei und Anwältin lokaler Distanz zum politischen Zentrum. Diese Spannung kann langfristig auch zur Schwäche werden, weil Regierungsteilnahme den Gegenelite-Charakter abschwächt. Bislang ist es ihnen jedoch gelungen, Nähe, Pragmatismus und regionale Interessenvertretung als eigenständiges Profil gegenüber der CSU zu erhalten.

Ihr hegemoniales Angebot lautet damit sinngemäß: Bayern soll modern und erfolgreich bleiben, aber Entscheidungen sollen näher an den Bürgern, weniger ideologisch und weniger zentralistisch getroffen werden. Dieses Angebot ist anschlussfähig für Wähler, die mit der CSU kulturell und regional verbunden bleiben, aber deren Dominanz begrenzen wollen. Die Freien Wähler pluralisieren daher insbesondere den bürgerlich-konservativen und regionalistischen Raum, ohne ihn vollständig gegen die CSU zu wenden.

Neuere Forschung macht dieses Angebot genauer fassbar. Wurthmann, Angenendt und Thomeczek zeigen, dass die Freien Wähler für konservative Wähler ein eigenständiges, bewusst als „anständig“ beziehungsweise nicht-radikal präsentiertes Alternativangebot darstellen und sich damit zwischen etablierter Union und radikaler Rechter positionieren (Wurthmann/Angenendt/Thomeczek 2024: 99–122). Thomeczek weist für die bayerische Landtagswahl 2023 zudem nach, dass regional-populistische Einstellungen die Unterstützung für Freie Wähler und CSU stärker erklären als allgemeiner Populismus: Das Gegenüber ist weniger „das System“ als vielmehr die Vorstellung einer bayerischen Heimat, deren Interessen gegenüber Eliten in Berlin oder Brüssel verteidigt werden müssten (Thomeczek 2026). Gramscianisch stärkt dies die Interpretation der Freien Wähler als regionale Gegenelite mit einem territorial verdichteten hegemonialen Angebot.

5.4 Der Aufstieg der AfD: Kontrollverlust, Abgrenzung und nationalpopulistische Gegenhegemonie

Die AfD erschließt wiederum einen Konfliktraum, der vor 2013 in dieser Form nicht parteipolitisch organisiert war. Sie zog 2018 mit 10,2 Prozent erstmals in den Bayerischen Landtag ein und stieg 2023 auf 14,6 Prozent; in der Civey-Umfrage vom August 2026 erreicht sie 20 Prozent.

Ihr Aufstieg begann bundesweit mit Euro- und Integrationskritik, verlagerte sich aber ab 2015 stark auf Migration, nationale Identität und eine grundsätzliche Opposition gegen etablierte politische und kulturelle Eliten (Bein 2023; Niedermayer 2018).

Ihr hegemoniales Angebot besteht weniger in einem konsistenten sozialökonomischen Programm als in einer Deutung heterogener Unsicherheiten als gemeinsamer Erfahrung des Kontrollverlusts. Migration, Energiepolitik, kultureller Wandel, EU-Integration, Medienkritik und Misstrauen gegenüber Institutionen werden in eine Erzählung eingebettet, nach der eine entfernte politische Elite den Interessen der „normalen Bevölkerung“ entgegensteht. 2018 war dieses Angebot besonders unter Arbeitern anschlussfähig: Die AfD erreichte dort 22 Prozent und damit mehr als doppelt so viel wie landesweit; bei Wählern mit niedriger Bildung lag sie bei 16 Prozent (Infratest dimap 2018: 90).

Der Erfolg dieses Angebots hängt eng mit der Erfahrung zusammen, dass mehrere Veränderungen gleichzeitig und als von außen gesteuert wahrgenommen werden können. Migration, europäische Integration, Klimapolitik, technologische Transformation und kultureller Wandel betreffen unterschiedliche Lebensbereiche, lassen sich aber in einer gemeinsamen Erzählung von Kontrollverlust bündeln. Die AfD reduziert damit komplexe und teils widersprüchliche Ursachen auf einen politisch leicht verständlichen Gegensatz zwischen „oben“ und „unten“, zwischen etablierter Politik und vermeintlich übergangenen Bürgern. Hegemonial wirksam ist nicht die sachliche Einheit dieser Probleme, sondern ihre emotionale Vereinheitlichung durch das Motiv verlorener Souveränität.

Besonders anschlussfähig ist dies in Milieus, in denen wirtschaftliche Unsicherheit mit Status- und Anerkennungsfragen zusammentrifft. Der hohe AfD-Anteil unter Arbeitern 2018 verweist darauf, dass ökonomische Lage allein keine sozialdemokratische Wahlentscheidung erzeugt (Infratest dimap 2018: 90). Ein qualifizierter Facharbeiter kann materiell vergleichsweise abgesichert sein und zugleich befürchten, dass seine berufliche Kompetenz, seine Region oder seine kulturellen Normen gesellschaftlich an Bedeutung verlieren. Die AfD übersetzt solche Erfahrungen weniger in Forderungen nach Umverteilung als in eine Politik der Grenzziehung, nationalen Souveränität und kulturellen Anerkennung. Damit konkurriert sie direkt um Teile jener Arbeitnehmerschaft, die früher stärker von SPD und CSU integriert wurden.

Der Aufstieg der AfD wurde zudem dadurch erleichtert, dass die CSU ihren rechten Rand nicht mehr vollständig absorbieren konnte. Während die CSU früher nationalkonservative, wirtschaftsliberale und christlich-soziale Positionen innerhalb einer großen Partei zusammenhielt, schuf die AfD ein eigenständiges Angebot für jene Wähler, denen Kompromisse der Regierungspartei als Anpassung an einen abgelehnten gesellschaftlichen Mainstream erscheinen. Dadurch veränderte sich die Logik des bayerischen Parteienwettbewerbs: Eine Verschärfung des CSU-Kurses kann AfD-Wähler nicht automatisch zurückholen, weil die AfD gerade ihre Distanz zum etablierten Regierungs- und Mediensystem zum Kern ihrer Identität macht (Bein 2023; Niedermayer 2018: 11–17).

Mit Gramsci lässt sich dies als Versuch einer Gegenhegemonie verstehen, die den Alltagsverstand nicht über materielle Klasseninteressen, sondern über Zugehörigkeit, Souveränität und Abgrenzung organisiert. Statusunsicherheit wird kulturell codiert: Wer sich ökonomisch, regional oder symbolisch zurückgesetzt fühlt, erhält eine einfache politische Erklärung, in der Eliten, Migration

oder „Bevormundung“ zentrale Ursachen darstellen. Das Angebot gewinnt dort Stärke, wo etablierte Parteien soziale Unsicherheit zwar verwalten, ihr aber keine emotional und kulturell überzeugende Deutung geben. Auch hier liegt eine Grenze: Die AfD polarisiert stark und kann deshalb erhebliche Teilmilieus binden, ohne bislang einen gesellschaftlich breit konsensfähigen historischen Block zu bilden. Heinzes aktueller Vergleich der deutschen Länder unterstreicht, dass der Aufstieg und Einfluss der AfD gerade auf der subnationalen Ebene zu einem eigenständigen Strukturmerkmal des Parteienwettbewerbs geworden ist (Heinze 2025: 53–70). Für Bayern ergänzt Thomeczek diesen Befund: Anders als bei CSU und Freien Wählern wird AfD-Unterstützung wesentlich stärker durch allgemeinen populistischen Gegensatz zwischen „Volk“ und „Elite“ als durch spezifischen Regionalpopulismus erklärt (Thomeczek 2026). Das trennt ihr hegemoniales Angebot analytisch schärfer vom bayerisch-regionalen Protestangebot der Freien Wähler.

5.5 Die CSU als erodierende Hegemonialpartei: vom Integrationsmonopol zur Konkurrenz um das eigene Lager

Die CSU ist trotz ihres Rückgangs nicht einfach eine weitere Partei im pluralisierten System. Sie bleibt die stärkste organisatorische und symbolische Kraft des Landes. Ihr historisches hegemoniales Angebot verband Bayern-Identität, wirtschaftlichen Erfolg, staatliche Handlungsfähigkeit, Mittelstandsorientierung und soziale Kontinuität. Gerade diese Breite erlaubte es, konservative, katholische, ländliche, arbeitnehmerische und modernisierungsorientierte Gruppen innerhalb eines gemeinsamen politischen Lagers zu halten.

Der Ausgangspunkt für den späteren Abstieg war das außergewöhnliche Hoch von 2003. Die 60,7 Prozent beruhten auf einer besonders günstigen Verbindung von struktureller Stärke und politischer Konjunktur. Edmund Stoiber verkörperte wirtschaftliche Kompetenz, bayerisches Selbstbewusstsein und bundespolitische Opposition in einer Person. Nach seinem Rückzug 2007 verlor die CSU nicht nur einen populären Ministerpräsidenten, sondern einen zentralen symbolischen Vermittler ihres hegemonialen Projekts. Interne Führungsstreitigkeiten und der Wechsel zu Günther Beckstein und Erwin Huber machten sichtbar, dass die organisatorische Geschlossenheit nicht mehr selbstverständlich war. Bei der Landtagswahl 2008 fiel die CSU deshalb abrupt auf 43,4 Prozent und verlor nach 46 Jahren die Alleinregierung (Decker 2018; Infratest dimap 2008).

Der Absturz von über 60 auf gut 40 Prozent wäre jedoch unzureichend erklärt, würde man ihn nur auf Personal- und Führungsfehler zurückführen. Strukturell hatte sich das frühere CSU-Lager bereits ausdifferenziert. Die Freien Wähler boten ländlichen und kommunal orientierten Wählern eine Form von bayerischer Heimatpolitik ohne die Hierarchie und Professionalisierung der CSU. Die FDP gewann 2008 wirtschaftsliberale und bürgerliche Wähler. Später boten die Grünen urbanen, hochgebildeten und modernisierungsorientierten Gruppen ein klareres ökologisches Zukunftsprojekt, während die AfD migrationskritische, nationalkonservative und protestorientierte Teile des rechten Lagers mobilisierte. Die CSU verlor also nicht an einen einzigen Gegner. Ihr ehemals breiter historischer Block zerfiel in mehrere politisch unterschiedlich artikulierte Teilinteressen.

Entscheidend ist, dass die Bestandteile des früheren CSU-Angebots nicht verschwunden sind, sich aber schwieriger widerspruchsfrei miteinander verbinden lassen. Modernitätsorientierte, urbane und hochgebildete Gruppen finden bei den Grünen ein profiliertes Zukunftsangebot; regional-konservative und kommunal orientierte Wähler können zu den Freien Wählern wechseln;

migrations- und systemkritische Milieus werden von der AfD mobilisiert. Für die CSU entsteht daraus ein strategischer Zielkonflikt: Eine stärkere kulturelle Rechtsprofilierung kann urbane Modernisierungsmilieus weiter entfernen, während eine stärker ökologische Modernisierung regional-konservative oder protestorientierte Wähler entfremden kann. Aus dem früheren Integrationsmonopol ist damit ein permanenter Wettbewerb um unterschiedliche Teile des eigenen ehemaligen Lagers geworden.

Die Erholung auf 47,7 Prozent im Jahr 2013 unter Horst Seehofer zeigt, dass dieser Prozess nicht unumkehrbar oder linear verlief. Seehofer stabilisierte die Partei durch eine stärkere Verbindung von sozialer Profilierung, regionaler Identität und pragmatischer Regierungsführung. Das alte Niveau von über 50 oder gar 60 Prozent kehrte jedoch nicht zurück. 2018 fiel die CSU erneut auf 37,2 Prozent, 2023 blieb sie mit 37,0 Prozent nahezu auf diesem Niveau. Damit wurde aus dem einmaligen Einbruch von 2008 eine strukturelle Verschiebung: Die CSU blieb führend, verlor aber die Fähigkeit, allein eine Mehrheit des gesellschaftlichen Mitte-rechts-Spektrums innerhalb ihrer Partei zu organisieren.

Für den erneuten Rückgang ab 2018 waren mehrere Konflikte besonders wichtig. In den Städten und Wachstumsregionen gewannen ökologische, wohnungs- und verkehrspolitische Fragen an Bedeutung, bei denen die Grünen glaubwürdiger als Modernisierungspartei auftreten konnten. Im ländlichen Raum konkurrierten die Freien Wähler mit kommunaler Nähe und einer weniger zentralisierten Form konservativer Interessenvertretung. Gleichzeitig öffneten die Flüchtlingspolitik seit 2015, Auseinandersetzungen um Migration und ein generelleres Misstrauen gegenüber etablierten Institutionen einen Raum rechts der CSU, den die AfD dauerhaft besetzte. Decker fasst diese Lage treffend zusammen: Die CSU wird heute weniger von SPD oder FDP als von den Grünen sowie von Freien Wählern und AfD im eigenen beziehungsweise angrenzenden Lager herausgefordert (Decker 2018).

Gramscianisch lässt sich der Fall der CSU deshalb als Übergang von umfassender Hegemonie zu einer dominanten, aber umkämpften Führungsposition beschreiben. Die Partei besitzt weiterhin Regierungsmacht, territoriale Verankerung, ein starkes Bayern-Narrativ und erhebliche organisatorische Ressourcen. Geschwächt ist jedoch die frühere Fähigkeit, Modernisierung, Heimat, wirtschaftsliberale Interessen, soziale Sicherheit und konservative Ordnung in einem einzigen Deutungsrahmen zusammenzuführen. Der Rückgang von 60,7 Prozent 2003 auf Werte um 37 bis 38 Prozent seit 2018 ist damit der elektorale Ausdruck eines verlorenen Integrationsmonopols. Weigl beschreibt diesen Wandel systematisch als Übergang vom prädominanten zum asymmetrischen Parteiensystem (Weigl 2025: 143–164). Thomeczeks Befunde ergänzen die gramscianische Interpretation: Die CSU verfügt trotz des Verlusts ihrer früheren Mehrheitsstellung weiterhin über ein eigenständiges regional-populistisches Mobilisierungspotenzial, indem sie bayerische Interessen gegenüber Berlin und Brüssel artikuliert. Dass sie dieses Angebot inzwischen mit den Freien Wählern teilen muss, ist selbst Ausdruck des verlorenen Integrationsmonopols (Thomeczek 2026).

6. Warum die Pluralisierung strukturell wurde

Zusammengenommen zeigt sich die Pluralisierung nicht als Summe voneinander unabhängiger Parteientwicklungen, sondern als neues Verhältnis konkurrierender hegemonialer Angebote. Die CSU verteidigt ein breites, aber erodierendes Landesprojekt; die SPD hat einen Teil ihrer früheren

sozialdemokratischen Integrationskraft verloren; die Grünen besetzen ökologische und kulturelle Modernität; die Freien Wähler übersetzen regionale Nähe und Anti-Zentralismus; die AfD organisiert Unsicherheit als Konflikt um Kontrolle, Zugehörigkeit und Eliten. Was früher überwiegend innerhalb zweier großer Parteien ausgehandelt wurde, wird nun zwischen mehreren Parteien ausgetragen.

Vier Ursachen greifen ineinander. Erstens hat der ökonomische Erfolg Bayerns die Sozialstruktur nicht vereinheitlicht, sondern differenziert. Industriearbeit bleibt bedeutsam, zugleich wachsen Dienstleistungen, akademische Berufe und metropolitane Räume. Die früher relativ stabilen Kategorien „Arbeiter“, „Angestellte“, „katholisches Land“ oder „städtische SPD“ erfassen politische Identitäten immer weniger vollständig.

Zweitens haben Bildungsexpansion, Migration, Säkularisierung und Individualisierung kulturelle Konfliktlinien verstärkt. Parteiwahl wird stärker durch Fragen von Lebensstil, Ökologie, Migration, Identität, regionaler Zugehörigkeit und gesellschaftlicher Anerkennung vermittelt. Diese Konflikte verlaufen nicht deckungsgleich mit der klassischen Kapital-Arbeit-Achse. Deshalb können wirtschaftlich abhängig Beschäftigte gleichzeitig ganz unterschiedliche Parteien wählen.

Drittens verloren CSU und SPD organisatorische Vermittlungsmonopole. Für die CSU schwächte die Erosion kirchlicher und traditioneller Milieus eine zentrale historische Ressource; für die SPD wirkten der Rückgang klassischer Arbeiter- und Gewerkschaftsmilieus sowie die Krise der Massenmitgliederpartei in dieselbe Richtung. Der „Stellungskrieg“ verlagert sich damit auf neue Arenen: soziale Medien, urbane Bewegungen, lokale Wählergemeinschaften, Protestnetzwerke und thematische Milieus. Neue Parteien benötigen nicht mehr dieselben umfassenden Organisationen wie die alten Volksparteien, um relevante gesellschaftliche Teilräume zu besetzen.

Viertens erzeugten politische Entscheidungen und Krisen neue Konkurrenz. Die Agenda 2010 schwächte bundesweit die sozialpolitische Markeneindeutigkeit der SPD; die Finanz-, Migrations-, Klima-, Pandemie- und Energiekrisen eröffneten Konflikte, die von Grünen, AfD und Freien Wählern unterschiedlich interpretiert wurden. Schoen zeigt zudem, dass bayerische Landtagswahlen trotz ihrer starken regionalen Besonderheiten stets auch von bundespolitischen Einflüssen geprägt wurden (Schoen 2007: 503–512). Die Pluralisierung ist daher weder ausschließlich „bayerisch“ noch bloß ein Import bundespolitischer Trends. Sie entsteht aus der Verbindung landesspezifischer Hegemoniestrukturen mit allgemeinen gesellschaftlichen Veränderungen.

Tabelle 2: Hegemoniale Angebote im pluralisierten bayerischen Parteiensystem

Der Forschungsstand von 2024 bis 2026 spricht damit deutlich gegen eine Erklärung der bayerischen Pluralisierung als bloße Folge einzelner Wahlkämpfe. Neuere Arbeiten verbinden die Entwicklung mit langfristiger Fragmentierung und Polarisierung (Angenendt/Brause 2024: 82–107), der besonderen Transformation subnationaler Parteiensysteme (Gross/Müller/Stecker/Debus 2025: 23–51), dem bayerischen Übergang zu einem asymmetrischen Parteiensystem (Weigl 2025: 143–164), dem wachsenden Einfluss der AfD auf Länderebene (Heinze 2025: 53–70) und eigenständigen regional-populistischen Mobilisierungsmustern von CSU und Freien Wählern (Thomeczek 2026). Diese Befunde verdichten die gramscianische Lesart: Nicht eine einzelne Konfliktlinie ersetzt die alte Ordnung, sondern mehrere konkurrierende Artikulationsformen besetzen die Räume erodierender historischer Blöcke.

Partei	soziale/territoriale Basis	hegemoniales Angebot	zentrale Grenze
CSU	breites bürgerlich-konservatives Lager	Bayern-Identität + Wohlstand + Ordnung + Modernisierung	Verlust des Integrationsmonopols
SPD	traditionell Arbeitnehmer, Städte, Gewerkschaften	soziale Sicherheit + Aufstieg + Mitbestimmung + Würde der Arbeit	Milieuerosion; unscharfes Modernitätsangebot
Grüne	urban, hochgebildet, kulturell liberal	ökologische Modernisierung + Liberalität + Zukunft	begrenzte Anschlussfähigkeit in industriell/ländlichen Milieus
Freie Wähler	ländlich-kommunal, Mittelstand, regional verankerte Milieus	Nähe + Heimat + Pragmatismus + Anti-Zentralismus	schwächeres gesamtgesellschaftliches Zukunftsprojekt
AfD	protestorientierte Milieus; 2018 überdurchschnittlich unter Arbeitern und niedriger Bildung	Kontrolle + Zugehörigkeit + Elitenkritik + Abgrenzung	starke Polarisierung; begrenzte Konsensfähigkeit

7. 2026: pluralisierte Ordnung ohne neue Hegemonie

Die Umfragelage 2026 spricht dafür, dass sich die pluralisierte Struktur bislang nicht zurückbildet. In der Civey-Erhebung vom 30. Juli bis 13. August 2026 erreicht die CSU 38 Prozent, die AfD 20, die Grünen 13, die Freien Wähler 12 und die SPD 6 Prozent. Eine einzelne Umfrage ist keine Wahlprognose, sondern eine Momentaufnahme. Auffällig ist gleichwohl, dass vier Parteien neben der CSU zweistellige beziehungsweise annähernd zweistellige Werte erreichen und die SPD nur noch einen kleinen Teil des früheren Duopols repräsentiert (DAWUM 2026).

Gramscianisch ist dies eine Konstellation konkurrierender Teilhegemonien. Die CSU verfügt weiterhin über die stärkste landespolitische Erzählung und erhebliche institutionelle Verankerung. Die Freien Wähler besitzen lokale und regionalistische Stellungen, die Grünen eine starke urbane und akademische Deutungsmacht, die AfD einen nationalpopulistischen Protestpol. Keine dieser Kräfte integriert jedoch die gesellschaftlichen Gruppen Bayerns in ähnlich umfassender Weise, wie es die CSU über Jahrzehnte vermocht hatte. Pluralisierung ist deshalb nicht einfach das Gegenteil von Hegemonie, sondern Ausdruck einer Hegemoniekrise, in der mehrere Akteure um die Artikulation fragmentierter Interessen konkurrieren.

Die ökonomische Entwicklung verstärkt diese Offenheit. Nach jahrzehntelangem Wachstum schrumpfte das reale bayerische BIP 2024 um 1,0 Prozent; das Verarbeitende Gewerbe verlor real 5,5 Prozent Wertschöpfung, während Dienstleistungen um 0,8 Prozent wuchsen. 2025 stagnierte die Erwerbstätigkeit bei 7,87 Millionen, wobei das Produzierende Gewerbe weiter Beschäftigung verlor (Bayerisches Landesamt für Statistik 2025d; 2026e). Damit treten neue Verteilungskonflikte zwischen erfolgreicher Vergangenheit und unsicherer Transformation hervor. Sie können sozialdemokratisch, grün, regional-konservativ oder nationalpopulistisch interpretiert werden. Welche Artikulation dauerhaft hegemonial wird, ist offen.

8. Fazit

Der Wandel des bayerischen Parteiensystems von 1990 bis 2026 lässt sich als Erosion eines asymmetrischen Duopols und Übergang zu einer pluralisierten Konkurrenzordnung beschreiben. 1990 banden CSU und SPD noch 80,9 Prozent der Stimmen; 2023 waren es 45,4 Prozent. Der entscheidende Bruch erfolgte nicht, weil die CSU einfach durch die SPD ersetzt worden wäre, sondern weil beide traditionellen Integrationsparteien an Bindekraft verloren. 2008 zerbrach die CSU-Alleinregierung, 2018 kollabierte zugleich die sozialdemokratische Hauptopposition. Seither verteilen sich politische Repräsentationsfunktionen auf CSU, Freie Wähler, Grüne und AfD sowie eine stark verkleinerte SPD.

Gramscis Kategorien machen verständlich, warum dieser Prozess nicht auf Wahlkampffehler reduziert werden kann. Die bayerische Parteienordnung beruhte auf politischen Blöcken, die Sozialstruktur, Organisation und kulturelle Deutung miteinander verbanden. Die CSU konnte den ökonomischen Aufstieg Bayerns lange im Sinne einer passiven Revolution politisch absorbieren. Die SPD stellte einen schwächeren, aber klar identifizierbaren Gegenpol dar. Mit Dienstleistungswachstum, Bildungsexpansion, Migration, Urbanisierung, Säkularisierung und kultureller Differenzierung wurden beide Blöcke poröser. Zugleich verloren ihre traditionellen Vermittlungsstrukturen an Reichweite.

Die heutige Pluralisierung ist daher Ausdruck einer Hegemoniekrise und nicht bloß eine vorübergehende Fragmentierung. Neue Parteien und politische Formationen besetzen Teilräume, die früher innerhalb der Volksparteien verbunden wurden. Ob daraus künftig wieder ein stärker konzentriertes Parteiensystem entsteht, hängt davon ab, ob eine politische Kraft einen neuen historischen Block herstellen kann: also wirtschaftliche Interessen, soziale Sicherheit, kulturelle Anerkennung und regionale Identität in ein gemeinsames Projekt übersetzt. Bis 2026 ist eine solche neue Hegemonie nicht erkennbar. Gerade darin liegt die strukturelle Stabilität der Pluralisierung.

Literatur

- Angenendt, Michael/Brause, Simon D. (2024): The Long Way towards Polarized Pluralism: Party and Party System Change in Germany, in: Kölln, Ann-Kristin/Polk, Jonathan (Hrsg.): Political Parties and the Crisis of Democracy. Organization, Resilience, and Reform. Oxford, S. 82–107.
- Bayerisches Landesamt für Statistik (2012): Studierende an den Hochschulen in Bayern seit Wintersemester 1990/91. Statistischer Bericht B3110C. München.
- Bayerisches Landesamt für Statistik (2024): Statistisches Jahrbuch für Bayern 2024. Fürth.
- Bayerisches Landesamt für Statistik (2025a): Indikatorenbericht zur nachhaltigen Entwicklung in Bayern 2025. Fürth.
- Bayerisches Landesamt für Statistik (2025b): Beschäftigung in Bayern steigt im Jahr 2024 um 0,3 Prozent. Pressemitteilung 294/2025/32/A vom 21.10.;
www.statistik.bayern.de/presse/mitteilungen/2025/pm294kopie/ (10.9.2026).
- Bayerisches Landesamt für Statistik (2025c): Religionsgemeinschaften in Bayern im Zeitverlauf. Pressemitteilung 099/2025/44/A vom 15.4.;
www.statistik.bayern.de/presse/mitteilungen/2025/pm099/ (10.9.2026).
- Bayerisches Landesamt für Statistik (2025d): Bayerns Wirtschaft schrumpft im Jahr 2024. Pressemitteilung 081/2025/32/P vom 28.3.;
www.statistik.bayern.de/presse/mitteilungen/2025/pm081/ (10.9.2026).
- Bayerisches Landesamt für Statistik (2026a): Kaufkraft in Bayern seit 1991 um rund ein Fünftel gestiegen. Pressemitteilung 166/2026/32/P vom 24.6.;
statistik.bayern.de/presse/mitteilungen/2026/pm166/ (10.9.2026).
- Bayerisches Landesamt für Statistik (2026b): Bayerns Dienstleistungssektor erwirtschaftet im Jahr 2024 über 425 Milliarden Euro Gesamtumsatz. Pressemitteilung 247/2026/53/J vom 9.9.;
www.statistik.bayern.de/presse/mitteilungen/2026/pm247/ (10.9.2026).
- Bayerisches Landesamt für Statistik (2026c): 401 154 Studierende an Bayerns Hochschulen im Wintersemester 2025/26. Pressemitteilung 155/2026/45/B vom 15.6.;
www.statistik.bayern.de/presse/mitteilungen/2026/pm155/ (10.9.2026).
- Bayerisches Landesamt für Statistik (2026d): Bayern in Zahlen 02/2026: Bevölkerung nach Einwanderungsgeschichte. Fürth.
- Bayerisches Landesamt für Statistik (2026e): Beschäftigung in Bayern stagniert im Jahr 2025. Pressemitteilung 019/2026/32/A vom 27.1.;
www.statistik.bayern.de/presse/mitteilungen/2026/pm019/ (10.9.2026).
- Bein, Simon (2023): Alternative für Deutschland, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Landtagswahl Bayern 2023, 13.9.;
www.bpb.de/themen/parteien/wer-steht-zur-wahl/bayern-2023/539280/alternative-fuer-deutschland/ (10.9.2026).
- Bundeswahlleiter (2009): Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009, Heft 1: Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen. Wiesbaden.
- DAWUM (2026): Landtagswahl Bayern: Neueste Wahlumfrage von Civey. Umfrage vom 14.8.2026; dawum.de/Bayern/Civey/ (10.9.2026).
- Decker, Frank (2018): Die CSU von 1945 bis 2018, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 68 (46–47);
www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/282412/ (10.9.2026).
- Gramsci, Antonio (1991–2002): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, 10 Bände. Hamburg.
- Gross, Martin/Müller, Jochen/Stecker, Christian/Debus, Marc (2025): Parteiensysteme und Regierungsbildungen in den deutschen Bundesländern von 1946 bis 2023, in: Heinze, Anna-

- Sophie/Jun, Uwe/Oppelland, Torsten (Hrsg.): Regionale Vielfalt? Neue Trends subnationaler Parteiensysteme in Deutschland. Wiesbaden, S. 23–51.
- Heinze, Anna-Sophie (2025): Aufstieg und Einfluss der AfD in den deutschen Ländern, in: Heinze, Anna-Sophie/Jun, Uwe/Oppelland, Torsten (Hrsg.): Regionale Vielfalt? Neue Trends subnationaler Parteiensysteme in Deutschland. Wiesbaden, S. 53–70.
- Infratest dimap (2008): WahlREPORT Bayern 2008. Berlin.
- Infratest dimap (2018): WahlREPORT Landtagswahl Bayern 2018. WahlANALYSE. Berlin.
- Kestler, Thomas (2023): Bündnis 90/Die Grünen, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Landtagswahl Bayern 2023, 13.9.; www.bpb.de/themen/parteien/wer-steht-zur-wahl/bayern-2023/539278/buendnis-90-die-gruenen/ (10.9.2026).
- Kranenpohl, Uwe (2023): Freie Wähler, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Landtagswahl Bayern 2023, 13.9.; www.bpb.de/themen/parteien/wer-steht-zur-wahl/bayern-2023/539279/freie-waehler/ (10.9.2026).
- Krapf, Manfred (2018): Auf verlorenem Posten? Die bayerische Sozialdemokratie seit den 1990er Jahren. Baden-Baden.
- Mohamad-Klotzbach, Christoph (2023): Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Landtagswahl Bayern 2023, 13.9.; www.bpb.de/themen/parteien/wer-steht-zur-wahl/bayern-2023/539281/sozialdemokratische-partei-deutschlands/ (10.9.2026).
- Niedermayer, Oskar (2018): Geschichte der Parteienlandschaft der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 68 (46–47), S. 11–17.
- Oesch, Daniel/Rennwald, Line (2018): Electoral competition in Europe’s new tripolar political space: Class voting for the left, centre-right and radical right, in: European Journal of Political Research, 57 (4), S. 783–807.
- Rieger, Günter (2003): Die bayerische Landtagswahl vom 21. September 2003: Banale Sensationen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 34 (4), S. 702–720.
- Schoen, Harald (2007): Unverwechselbar bayerisch? Zur Rolle der Bundespolitik bei bayerischen Landtagswahlen 1966–2003, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 38 (3), S. 503–512.
- Statistisches Amt der Landeshauptstadt München (2023): Münchner Statistik, 3. Quartalsheft 2023. Ergebnisse der Landtagswahl 2023 in München. München.
- Thomeczek, Jan Philipp (2026): Supply and Demand of Regional Populism in Bavaria: Explaining the Regional Success of the CSU and Free Voters, in: German Politics. Online First, DOI: 10.1080/09644008.2026.2614966.
- Walther, Jens/Angenendt, Michael (2018): Freie Wähler zwischen Partei und Wählergemeinschaft. Mitglieder, Identität und Organisation, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 49 (2), S. 325–345.
- Weigl, Michael (2025): Bayern. Der Wandel von einem prädominanten zu einem asymmetrischen Parteiensystem, in: Heinze, Anna-Sophie/Jun, Uwe/Oppelland, Torsten (Hrsg.): Regionale Vielfalt? Neue Trends subnationaler Parteiensysteme in Deutschland. Wiesbaden, S. 143–164.
- Wurthmann, L. Constantin/Angenendt, Michael/Thomeczek, Jan Philipp (2024): The “Free Voters”: A Decent Alternative for Conservatives?, in: Politische Vierteljahresschrift, 65 (1), S. 99–122.

Autor: Dr. Ernst Wolowicz Erstellungsdatum: 10.09.2026

KI-Erklärung:

ChatGPT (OpenAI) wurde bei der Erstellung dieser Arbeit ausschließlich als unterstützendes Werkzeug für die sprachliche, strukturelle und formale Endredaktion einer bereits fachlich konzipierten und inhaltlich ausgearbeiteten Fassung eingesetzt. Die Unterstützung umfasste

insbesondere die Präzisierung einzelner Formulierungen, die Verbesserung von Übergängen und Verständlichkeit sowie Hinweise auf mögliche Inkonsistenzen bei Gliederung, Begrifflichkeit, Quellenangaben und Zitierweise. Fragestellung, theoretischer Zugang, Literatur- und Datenauswahl, Analyse, Interpretation und Schlussfolgerungen wurden vom Autor erarbeitet; alle KI-Vorschläge wurden vor einer Übernahme fachlich geprüft, mit den verwendeten Quellen abgeglichen und gegebenenfalls verändert oder verworfen. KI-Ausgaben wurden nicht als wissenschaftliche Quellen verwendet; die Verantwortung für Recherche, Quellenkritik, Argumentation, korrekte Zitation, Endfassung und mögliche verbleibende Fehler liegt ausschließlich beim Autor.